

Behindertenbeirat der Stadt Würzburg Wahlperiode 2014 – 2020
3. Sitzung 2019
Ergebnisprotokoll

- Ort:** Rathaus, Wappensaal, Rückermainstr. 2, 97070 Würzburg
Zeit: 24.09.2019, 18.00 - 20.00 Uhr
Anw.: **Vertreter/innen:**
Kreis der Menschen mit Behinderung:
Frau Gerhard, Frau Kirchner, Herr Marx, Herr Rügamer, Herr Schäfer, Frau Senf;
Angehörigenvertreterin: ---
Behinderteneinrichtungen: Frau Eckenroth, Herr Schöbel, Herr Schuler;
Freie Wohlfahrtsverbände: Frau Stadträtin Trost;
Sozialausschuss: Herr Stadtrat Gerr, Frau Stadträtin Wolfinger;
Sozialreferentin: Frau Dr. Düber;
Geschäftsführung: Frau Behr;
Entsch.: Herr Bürgermeister Dr. Bauer, Frau Grünewald, Herr Hetterich, Stadträtinnen Frau Koerber-Becker, Frau Lexa, Frau Bürgermeisterin Schäfer-Blake, Frau Scheuplein, Frau Schröder, Frau Schunk, Herr Wendel;
Gäste: Herr Stadtrat Beck, Frau Gehlen/Inklusionsbeauftragte, Frau Stadträtin Kerner, Frau Dr. Anja Klafke/Leitung des Medizinischen Zentrums zur Beratung erwachsener Menschen mit Behinderung (MZEB), Herr Rinke/Vorsitzender Seniorenvertretung und Frau Mainardy, Herr Pfeuffer, Frau Stadträtin Schloßareck, Frau Schmittgen/Gehörlosenberatung Paritätischer, Herr Stolzenberg/FBL Integration, Inklusion und Senioren;
Protokoll: Frau Crescimone, Herr Noè;

I. Begrüßung

Herr Marx eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Beirats sowie alle Gäste, insbesondere Frau Dr. Klafke, die heute das Medizinische Zentrum zur Beratung erwachsener Menschen mit Behinderung vorstellen wird. Er entschuldigt die fehlenden Mitglieder.

II. Aussprache zum Protokoll der Sitzung vom 10.07.2019

Das Protokoll wird ohne Beanstandungen angenommen.

III. Neues aus dem Stadtrat, den Ausschüssen und dem Bereich Inklusion

Nachdem Frau Dr. Düber die Sitzung eher verlassen muss, wird dieser Tagesordnungspunkt vorgezogen. Sie berichtet wie folgt:

In der 63. Sitzung des Hauptausschusses am 18.07.2019 stand der Antrag des Stadratsmitglieds Henzler auch Namens der SPD Stadtratsfraktion vom 3.07.2019 zu Induktionsanlagen auf der Tagesordnung. Es ging darum, dass die Verwaltung klärt, welche Veranstaltungsräume im Besitz der Stadt Würzburg bereits über eine Induktionsanlage verfügen und ob und wann Veranstaltungsräume, die über keine verfügen, damit ausgestattet werden.

In der 14. Sitzung des Werkausschusses Congress-Tourismus-Würzburg am 9.07.2019 und in der 95. Sitzung des Stadtrats am 25.07.2019 ging es ebenfalls um Induktionsanlagen und zwar im Franconiasaal und der Konferenzebene im Congress Centrum Würzburg, die bei der Erweiterung im Jahr 2015 nicht berücksichtigt wurden. Nun sollen sie zeitgemäß angepasst werden im Hinblick auf Licht, Medientechnik, Möblierung und Ausstattung mit einer Induktionsanlage.

Frau Dr. Düber informiert, dass Herr Staatsminister Herrmann MdL auf unser Schreiben vom 18.07.2019 zur Aufhebung der Wahlausschlüsse auf Landesebene wie folgt geantwortet hat. Der Bayer. Landtag hat mit Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften vom

24. Juli 2019 reagiert und Wahlrechtsausschlüsse im Landes- und Kommunalrecht aufgehoben. Somit können nun Menschen, die in allen Angelegenheiten unter Betreuung stehen und Personen, die wegen einer im Zustand der Schuldunfähigkeit begangenen Straftat in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind, wählen. Der Wahlausschluss wird automatisch aus dem Wählerverzeichnis gelöscht. Die Änderungen sind zum 1.8.2019 in Kraft getreten und gelten auch bereits für die Gemeinde- und Landtagswahlen 2020. Damit ist es gelungen, die Rechtslage in Bayern zeitnah umzusetzen. Es gelten damit einheitliche Regelungen für die Teilnahme an Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Herr Stadtrat Gerr ergänzt, dass er bezüglich der Ansagen in Bussen und Straßenbahnen durch Kinderstimmen eine Anfrage in der kommenden Stadtratssitzung stellen wird. Die Ansagen durch Kinderstimmen sind für schwerhörige Menschen wegen den hohen Frequenzen schwer zu verstehen. Er verweist auf den Nahverkehrsplan.

Frau Gehlen berichtet aus der Inklusionsarbeit über das soziale Ämtergebäude, welches in den letzten 2 Jahren barrierefrei umgestaltet wurde. Folgendes wurde bisher umgesetzt:

- Alle Treppenstufen wurden markiert, vor jeder ersten und letzten wurden Aufmerksamkeitsfelder in Form von gelben Punkten angebracht sowie Trittleisten. Frau Gehlen bedankt sich bei Herrn Marx für die Unterstützung.
- Der Eingangsbereich war hinter Glas, dunkel und abweisend. Ein Eintritt war nicht möglich, der Kontakt erfolgte über eine Sprechanlage, deren Betätigung aufgrund der Sitzhöhe für einen Rollstuhlfahrer schwierig war. Heute ist der Infopoint offen, hell, einladend und mit einer Mitarbeiterin besetzt. Eine persönliche Beratung ist möglich. Die Türen funktionieren über einen Taster automatisch. Eine Induktionsanlage ist vorhanden.
- Alle Haupttüren sind kontrastreich nach DIN markiert.
- An den Handläufen sind Schilder angebracht mit Stockwerkangabe, auch in Brailleschrift.

Weiterhin sind geplant:

- Neue Türbeschilderung in DIN A4, mattiert und somit bei verschiedenem Lichteinfall gut lesbar. Große gut lesbare Schrift, die Zimmer-Nr. ist in Braille- und Punktschrift. Dieses neue Format wird auch in der Ausländerbehörde verwendet werden und soll der neue Standard im gesamten Rathaus sein.
- Ein Blindenleitsystem ist noch erforderlich von der Eingangstüre über die Treppe bis hin zum Infopoint und zum Aufzug.
- Mitte Oktober wird ein Treffen mit einer Firma, die barrierefreie Innenausstattung anbietet, mit Kollegen aus der Abteilung Logistik und Herrn Marx stattfinden.

Herr Stadtrat Beck fragt, ob an den Treppen Polder als Absturzsicherung für Rollstuhlfahrer erforderlich sind. Frau Behr verneint dies. Eine kontrastreiche Gestaltung ist ausreichend. Weiterhin ist ein Sicherheitsabstand von 3 m zu einer abwärtsführenden Treppe erforderlich, wenn diese in direkter Lauflinie zu einem Aufzug liegt.

Herr Stadtrat Gerr fragt, ob die neue Beschilderung im gesamten Rathaus Anwendung findet. Lt. Frau Gehlen werden die Schilder nur im Rahmen eines Umbaus ausgetauscht.

Frau Stadträtin Kerner möchte wissen, ob eine Induktionsanlage nur im Infopoint vorhanden ist, was bejaht wird. Frau Dr. Düber ergänzt hierzu, dass 2 Mitarbeiterinnen für diesen Bereich eingestellt wurden, die informieren und auch eine Erstberatung vornehmen können.

IV. Vorstellung des Medizinischen Zentrums zur Behandlung erwachsener Menschen mit Behinderung - MZEB

Frau Dr. Klafke stellt das MZEB vor. Rechtlicher Hintergrund für MZEB's ist die UN-BRK Art. 25 sowie § 119c SGB V. Es gibt nur Wenige in Bayern mit unterschiedlichen Richtungen.

Die medizinische Versorgungsleistung für Kinder ist ausreichend. Jedoch werden ab 18 Jahren Menschen mit Behinderung zu den niedergelassenen Haus- und Fachärzten geschickt. Dort fehlen räumliche und zeitliche Ressourcen und die Nachfrage steigt. Es gibt keinen Facharzt für Menschen mit Behinderung, nur eine Weiterbildung mit ca. 40 Stunden. Das MZEB ist ein ergänzender und verbindender Baustein in der medizinischen Versorgung mit ärztlichen und nicht ärztlichen Leistungen. Schwerpunkt ist die Diagnostik des Sehens und unterstützte Kommunikation.

Frau Dr. Klafke erläutert weiterhin die Ausgangssituation, die Zielsetzung, die Leistungen des Zentrums, den Behandlungsablauf sowie die Zugangskriterien etc.

Herr Marx bedankt sich für den sehr informativen Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

Frau Stadträtin Trost ist beeindruckt. Hier steht Effizienz nicht im Vordergrund. Sie fragt, ob Psychotherapie auch ambulant angeboten wird. Lt. Frau Dr. Klafke erfolgt nur die erste Sitzung im Zentrum, danach wird auf Kollegen verwiesen.

Herr Marx fragt, wie es mit Seelenblindheit aussieht. Lt. Frau Dr. Klafke ist dies ein schwieriges Beratungsthema, Unterstützung erfolgt durch augenärztliche Kollegin.

Frau Kirchner fragt, ob man das MZEB besichtigen kann. Lt. Frau Dr. Klafke gibt es einen Tag der offenen Tür im Sommer.

Herr Stadtrat Beck erkundigt sich nach Schulungen bei den Rettungsdiensten. Frau Dr. Klafke berichtet, dass eine Fortbildung mit der Rettungsleitstelle stattfindet und sie das Thema ansprechen wird.

Frau Schmittgen möchte wissen, ob es im MZEB auch HNO-Ärzte gibt. Lt. Frau Dr. Klafke wird im Zentrum ein Hörscreening gemacht. Die Nachbesprechung erfolgt dann beim Facharzt. Frau Schmittgen wird bei ihren Leuten auf das MZEB aufmerksam machen.

Herr Schöbel berichtet, dass im Körperbehindertenzentrum Flüchtlinge im Kindesalter sind. Zur Behandlung von Kindern mit Behinderungen gibt es viele Institutionen. Die Lücke für Erwachsene mit Behinderung ist jetzt mit dem MZEB gefüllt. Das ist eine große Hilfe.

Frau Stadträtin Schloßareck lobt die gute, einfühlsame Arbeit, die im MZEB geleistet wird.

Die Präsentation ist dem Protokoll angefügt und steht im Internet.

V. Bericht über das bundesweite Netzwerktreffen der Kommunalen Behindertenbeauftragten in Berlin

Herr Schäfer und Frau Behr waren beim bundesweiten Netzwerktreffen der Kommunalen Behindertenbeauftragten. Herr Schäfer berichtet: Die Fachveranstaltung, bei dem er auch im Vorbereitungsteam mitarbeitet, fand nun schon zum 3. Mal auf dieser Ebene statt. Es waren wieder hochkarätige Referenten eingeladen.

Herr Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, stellt sich vor und spricht Grußworte. Er hat sich für seine Amtszeit das Motto "Demokratie braucht Inklusion" gewählt. Bei der Umsetzung von Inklusion geht es um die Gewährung der Rechte. Er arbeitet u.a. schwerpunktmäßig an folgenden Themen, die in den letzten 10 Jahren seit der Ratifizierung der UN-BRK durch die Bundesrepublik mehr oder minder vernachlässigt wurden:

Wohnraum: Ein sozialer Wohnungsbau, der nicht barrierefrei ist, verdient den Namen nicht.
Arbeitsmarkt: Mehr als 25% der Arbeitgeber stellen keine Menschen mit Behinderung ein, wodurch die Teilnahme am Arbeitsmarkt konterkariert wird. Ein Ziel von Herrn Dusel ist es

die Ausgleichsquote zu verdoppeln. Herr Dusel hat auch kritisiert, dass sich die Anzahl der Beschäftigten mit Schwerbehinderung auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen zehn Jahren kaum erhöht hat.

BTHG: Im Rahmen der Umsetzung BTHG weist Herr Dusel darauf hin, den Personenkreis von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sowie Familien mit pflegebedürftigen Kindern nicht aus den Augen zu verlieren.

Barrierefreiheit: Im Blickfeld waren die Bildung und die Umsetzung der Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich. Herr Dusel spricht sich für eine Verpflichtung zur Barrierefreiheit im privaten Bereich aus.

Behindertenbeauftragte: Herr Dusel spricht die wichtige Rolle der Behindertenbeauftragten an, die er nachdrücklich auffordert, sich in der Umsetzung der Inklusion als kommunale Querschnittsaufgabe zu vernetzen. Inklusion braucht Verbündete.

EUTB: Herr Dusel berichtet, dass zurzeit diskutiert wird, die EUTB's unbefristet zu fördern.

Herr Dr. Leander Palleit vom Deutschen Institut für Menschenrechte, Monitoring-Stelle zur UN-BKR Konvention, hat eine gemischte Bilanz über zehn Jahre Ratifizierung BRK gezogen.

Gut ist:

- UN-BRK ist Leitlinie der Politik geworden
- Es gibt ein geändertes Verständnis von Behinderung
- Aktionspläne sind entstanden
- Gesetze haben sich geändert bzw. haben sich weiterentwickelt
- Die Regelsysteme (wie zum Beispiel Schulen) haben sich geöffnet

Aber:

- Es gibt keine deutliche Abnahme von Exklusion
- Sonderstrukturen sind beibehalten worden und wurden teils sogar ausgebaut
- Begriff der Inklusion hat eine Entwertung erfahren

Auch Herr Dr. Palleit spricht davon, dass Inklusion verkürzt, meist nur im Bildungsbereich, gesehen wird. Der Umsetzungswille ist nur bei einem Teil der Politik. Die wirtschaftlichen Belange werden zu hoch gewichtet. Ein rechtebezogener Ansatz (Menschenrechte) ist noch zu wenig ausgeprägt.

Folgende Aussagen werden zu den Kommunalen Behindertenbeauftragten getroffen:

Die alleinige Installierung von Behindertenbeauftragten wird dem Anspruch der Selbstvertretung nicht gerecht. Ein Kommunaler Behindertenbeauftragter ist immer eine Einzelperson, er braucht um effektiv arbeiten zu können, ein Gremium hinter sich. Dieses vermeidet auch unnötige Parallelstrukturen.

An diesem Wochenende wurde eine Erklärung zum Thema 10 Jahre UN-BRK verfasst und damit verbunden die Wichtigkeit der Kommunalen Behindertenbeauftragten und deren Aufgaben bei der Umsetzung.

VI. Sonstiges

Antrag der Seniorenvertretung

In vielen Städten besteht ein Fahrverbot für Fahrräder in der Fußgängerzone. Herr Rinke berichtet, dass die Seniorenvertretung einen Antrag formuliert hat, den Stadtratsbeschluss von 2016 zur Öffnung der Fußgängerzone für Fahrräder aufzuheben. Hintergrund sind die Erweiterung der Fußgängerzone und die Nichteinhaltung der Schrittgeschwindigkeit (10 Km/h). Immer mehr Fahrzeuge halten sich in der Fußgängerzone auf, auch elektrisch betriebene Kleinstfahrzeuge, wie z.B. E-Bikes und E-Tretroller. Er spricht auch die Zustände auf der Alten Mainbrücke an. Der Antrag soll in der nächsten Sitzung des Seniorenbeirats vorgestellt werden.

Frau Eckenroth bemerkt, dass unter den Begriff „elektrisch betriebene Kleinstfahrzeuge“ auch eventuell E-Rollis fallen. Dies ist zu prüfen.

Frau Stadträtin Trost fragt, ob es sich um einen Antrag auf Überprüfung oder auf Verbot handelt.

Der Seniorenbeirat wird die Formulierung des Antrags nochmals überdenken.

Herr Marx spricht das Problem der immer größer werdenden Fußgängerzonen an. Die Wege für mobilitätseingeschränkte Personen verlängern sich dadurch enorm. In diesem Bereich befinden sich zudem auch viele Arztpraxen.

Workshop Busnetzoptimierung

Frau Behr berichtet, dass es weitere Workshops zur Busnetzoptimierung für die Bürger und Bürgerinnen der verschiedenen Stadtteile geben wird. Die Workshops finden alle im Casino der WVV jeweils von 16.00 – 20.00 Uhr statt.

11.10.2019 für Versbach, Lengfeld, Lindleinsmühle, Grombühl

18.10.2019 für Steinbachtal, Dürrbachau, Dürrbachtal, Heidingsfeld, Mainviertel, Zellerau

08.11.2019 für Frauenland, Hubland, Mönchberg, Gartenstadt/Keesburg

Es ist wichtig, dass in den Workshop der Behindertenbeirat vertreten ist. Frau Behr bittet um Rückmeldung per email in der nächsten Woche, wer teilnehmen wird.

Im ersten Workshop wurde das Thema Ruftaxis in den Neubaugebieten in Versbach aufgegriffen. Wir müssen darauf hinwirken, dass diese barrierefrei sind.

Frau Gerhard hatte diesbezüglich Kontakt mit der WVV über Facebook und hat auf die notwendige Barrierefreiheit hingewiesen.

Herr Marx hat zu den Ruftaxis in Versbach und der Erforderlichkeit der Barrierefreiheit einen Brief an den Oberbürgermeister geschrieben, jedoch noch keine Antwort erhalten.

Einladung der WSB

Am 15.10.2019 findet um 14.00 Uhr mit der WSB und dem Oberbürgermeister eine Einführung zur Benutzung der mobilen Rampen statt. Der Behindertenbeirat ist eingeladen.

Straßenbahnzüge für Zweirichtungsverkehr

Herr Marx berichtet, dass in der MainPost dazu ein Artikel steht.

In Anbetracht der Beschaffung neuer Straßenbahnzüge wurde mit einem interfraktionellen Antrag die Prüfung der Chancen von Zweirichtungs-Straßenbahnfahrzeugen beantragt, um leistungsfähiger zu werden und somit den ÖPNV in Würzburg zu verbessern. Diese Züge benötigen keine flächenintensiven Wendeschleifen, sondern besitzen an beiden Enden je ein Führerhaus. Lt. Herrn Marx war das vor Jahren schon Thema und wurde für nicht geeignet gehalten. Er bittet die Infos in der Presse zu verfolgen.

Rollstuhlplätze beim Hafensommer

Frau Gerhard war beim Hafensommer. Die Rollstuhlplätze hatten keine gute Sicht. Sie hatte ein Gespräch mit Frau Ritzel vom FB Kultur. Es wird derzeit nach einer Lösung gesucht.

Würzburg, 07.10.2019

gez.

Jutta Behr, Geschäftsführung Behindertenbeirat